

4.1 Rechtsprechung zum Thema: Verfahrensbeistand

Quelle	Gericht/AZ	Leitsätze/Bemerkungen
FamRZ 1986, 871	BVerfG, 1. Senat, Beschluß v. 18.06.1986 - 1 BvR 857/85	Leitsätze 2 u. 3 von der Redaktion hinzugefügt: „1. Zur Vertretung Minderjähriger im Verfassungsbeschwerdeverfahren, wenn die sorgeberechtigten Eltern an der Wahrnehmung der Interessen ihres Kindes verhindert sind. 2. Zukünftig ist grundsätzlich ein Ergänzungspfleger zu bestellen, sofern nicht der Gesetzgeber in anderer Weise für eine hinreichende Berücksichtigung der Kindesinteressen im Verfassungsbeschwerdeverfahren sorgt, denn Kinder, die sich noch nicht selbst zu schützen vermögen, müssen vor Schaden bewahrt werden, der dadurch entstehen kann, daß sie durch Sorgerechtsentscheidungen in ihrem Persönlichkeitsrecht verletzt werden, die sie selbst wegen ihrer Minderjährigkeit nicht mit der Verfassungsbeschwerde angreifen können. Diese Erwägung könnte es unter Beachtung von Art. 6 II GG möglicherweise auch rechtfertigen, im verfassungsgerichtlichen Verfahren ausnahmsweise Vertreter zuzulassen, die nicht förmlich bestellt worden sind. 3. ...“
FamRZ 2008, 246	BVerfG, 1. Kammer des 1. Senats, Beschluß v. 13.11.2007 - 1 BvR 1637/07	Leitsätze der Redaktion: „1. Hat der Beschwerdeführer die unterbliebene Bestellung eines Verfahrenspflegers im fachgerichtlichen Verfahren nicht beanstandet, hat er sich damit der Möglichkeit begeben, diesen Verstoß mit der Verfassungsbeschwerde als Grundrechtsverletzung geltend zu machen. 2. Grundrechtsschutz ist auch durch die Gestaltung des Verfahrens sicherzustellen (hier u. a. beanstandet: unterlassene Anhörung der Eltern und des Kindes trotz dreijährigen Umgangsausschlusses bei knapp zweijähriger Dauer des Beschwerdeverfahrens).“

ZKJ 2009, 78	OLG Frankfurt/M., 1. FamS, Beschluss vom 17.4.2008	Keine Isolierte Anfechtung der Verfahrenspflegerbestellung; Aufgabenkreis
FamRZ 2010, 185	BVerfG, 2. Kammer des 1. Senats. Beschluss vom 09.11.2009 - 1 BvR 2146/09	Leitsatz der Redaktion: "Eine Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen die Regelung der Vergütung für einen berufsmäßigen Verfahrensbeistand in der Form von Fallpauschalen ist unzulässig; der Betroffene muss vielmehr eine gerichtliche Festsetzung seiner Vergütung beantragen und Beschwerde gegen den Festsetzungsbeschluss einlegen."
FamRZ 2010, 471	VerfG Brandenburg, Beschluss vom 17.09.2009 - VfGBbg 34/09	Leitsätze der Redaktion: "1. Die unterbliebene Bestellung eines Verfahrenspflegers für das (hier: sechsjährige) Kind kann eine Beeinträchtigung des verfassungsrechtlich geschützten Kindeswohls und infolge dessen auch eine Beeinträchtigung des Elternrechts darstellen." "2. Die Wahl der Schule ist für das Wohl eines Kindes von erheblicher Bedeutung; dann sie bestimmt seine persönliche Entwicklung entscheidend."
FamRZ 2010, 472	OLG Brandenburg, 1. FamS, Beschluss vom 21.10.2009 - 3 WF 84/09	Leitsatz der Redaktion: "Will das Kind gegen den sorgeberechtigten Vater ein Vaterschaftsanfechtungsverfahren führen, bedarf es der Bestellung eines Ergänzungspflegers für das Kind."
FamRZ 2010, 473	LG Münster, 5. ZK, Beschluss vom 10.08.2009 - 5 T 436/09	Leitsatz der Redaktion: "Einem nach § 1909 I BGB bestellten Pfleger kann unter bestimmten Umständen eine Vergütung auch ohne förmliche Bestellung bewilligt werden."
FamRZ 2010, 1003	OLG Stuttgart, 8. ZS, Beschluss vom 21.01.2010 - 8 WF 14/10	Leitsatz der Redaktion: "Der berufsmäßige Verfahrensbeistand erhält die Fallpauschale nach § 158 VII S. 2 FamFG für jedes Kind, zu dessen Interessenwahrnehmung er bestellt wurde."

ZKJ 2010, 163	OLG Stuttgart, Beschluss vom 21.01.2010, 8 WF 14/10	"Mehrfacher Anfall der Pauschale bei Tätigwerden für mehrere Kinder"
ZKJ 2010, 163	OLG Frankfurt,/M., Beschluss vom 23.12.2009, 5 UF 316/09	"Verfahrensbeistand: Mehrfacher Anfall der Pauschale bei Tätigwerden für mehrere Kinder"
ZKJ 2010, 205	BGH, Beschluss vom 17.02.2010, XII ZB 46/10	"Mehrfacher Anfall der Vergütungspauschale bei Tätigwerden für mehrere Kinder"
		Vgl. auch OLG Hamburg, Beschluss vom 12.05.2010, 10 WF 197!)
ZKJ 2010, 211	OLG Celle, Beschluss vom 08. März 2010 - 10 UR 44/10	"Mehrfacher Anfall der Vergütungspauschale bei Tätigwerden für mehrere Kinder"
ZKJ 2010, 255	OLG Rostock, Beschluss vom 18.03.2010 - 10 WF 44/10	§ 158 Abs. 7 FamFG - Vergütung für jedes Kind
ZKJ 2013, 503	OLG Frankfurt,, Beschluss v 04.09.2013, 5 WF 205/13	Zur funktionalen Zuständigkeit für die Aufhebung einer Ergänzungspflegschaft
	BGH, 09.10.2013 - XII ZB 667/12	Vergütung des Verfahrensbeistands - Fallpauschalen statt Stundensatz
	BGH, 13.11.2013 - XII ZB 612/12	Prozessuales

Alle Angaben ohne Gewähr!

Anmerkung in eigener Sache: Es empfiehlt sich immer die Quelle nachzulesen, da hier nicht das gesamte Beschluss wieder gegeben wird:

Die FamRZ ist die Zeitschrift für das Gesamte Familienrecht mit Betreuungsrecht, Erbrecht, Verfahrensrecht, Öffentlichem Recht
<http://www.famrz.de/>

Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe
<http://www.zkj-online.de/>

Zeitschrift für Familie Partnerschaft Recht
Verlag C.H. Beck oHG
<http://rsw.beck.de/rsw/shop/default.asp?sessionid=1A6B6EA57FB24344963326B914208288&toc=FPR.root>

Familie und Recht (FuR)
Zeitschrift für die anwaltliche und gerichtliche Praxis
www.luchterhand.de